

Leimruten der Beteiligung

Strategien zur Akzeptanzbeschaffung und Befriedung

Vorbemerkung

Dieser Artikel ist ein persönlicher Erfahrungsbericht eines ‚Beteiligten‘. Da der Text keine Abrechnung gegenüber Gruppierungen und Personen sein soll, erscheint er möglicherweise an einigen Stellen wenig konkret. Es sollen anhand tatsächlich gemachter Erfahrungen nicht einzelne Vorgänge dokumentiert werden, sondern vielmehr allgemeine Prinzipien und Mechanismen aufgezeigt werden. Dies zum besseren Verständnis der Wilhelmsburger Geschehnisse und auch als Angebot an andere von Großvorhaben und Umstrukturierungen Betroffene, wenn sie vor der Frage stehen, in welche Bahnen sie ihre Aktivitäten lenken wollen. Wenn der Text dennoch abrechnerisch wirken sollte, so liegt es daran, dass es dem Autor nicht gelang, einen schmerzlich als falsch erkannten Weg wertfrei zu beschreiben.

Einleitung

Die Stadt Hamburg, die sich zum Unternehmen erklärt hat, hat einen ‚Problemstadtteil‘: Wilhelmsburg. Der Anteil öffentlichen Eigentums an Flächen und Wohnungen dort ist sehr groß. Da Höherverwertung bzw. Privatisierung dieses öffentlichen Eigentums aufgrund der Lage schwer möglich erschien, hat sich die Stadt ein Doppelinstrument geschaffen: Großevents namens IBA und igs. Die dazu gegründeten Durchführungsgesellschaften produzieren ein neues Positivimage, das die Problemlagen überdeckt. Gleichzeitig pflügen die beiden privatrechtlichen städtischen Ausgründungen den Stadtteil in vielerlei Hinsicht tiefgreifend um. Dieser Umstrukturierungsprozess durch Großevents geht erkennbar an den Interessen der vorhandenen Bevölkerung vorbei – wie kann es da sein, dass es so ruhig scheint, bislang so wenig Widerstand erkennbar war? Und das in einem Stadtteil, in dem die Widerborstigkeit seiner Engagiertenszene Legende war? So viel vorweg: Es gehört eine geschichtliche Prägung dazu, die menschliche Psychologie und ganz viel ‚Beteiligung‘.

Geschichtliche Voraussetzungen: Die ‚Abwärtsspirale‘

Die Sturmflut 1962 hatte ihre Opfer mehrheitlich auf der flachen Marscheninsel gefunden. Mit etwa 200 Toten galt Wilhelmsburg anschließend als zu gefährlich zum Wohnen und wurde in der westlichen Hälfte (u.a. mit der gründerzeitlichen Bebauung des Reiherstiegviertels) zum Hafenerweiterungsgebiet erklärt. Wer dort noch wohnte, hatte allerdings einstweilen Bestandsschutz, und da die neuen Wohnungen nicht so schnell errichtet wurden, wie es nötig gewesen wäre, um Wilhelmsburg als Wohnort zu ersetzen, änderte sich nicht viel. Nur dass es das Gefühl des Übriggebliebenseins gab – oder des Dableibenwollens – während die Wohnungsbaugesellschaften ihre perspektivlosen Bestände verfallen ließen.

Dabei gab es sogar Zuzüge. Was Politik und Verwaltung anderen Stadtteilen kaum zumuteten, erschien für das abgängige Quartier adäquat: die Zwischenunterbringung der sogenannten Gastarbeiter. Die allerdings waren bald nicht nur einquartiert, sondern lebten und wohnten. Letzteres entwickelte sich zumeist parallel zur schon länger anwesenden Bevölkerung, bzw. zu denjenigen, die sich als deutsch erachteten (unabhängig von der eventuellen eigenen Migrationsgeschichte), was auf Seiten eines Großteils dieser Altbevölkerung parallel die vorhandenen

integrationshemmenden Vorbehalte, Fremdheits- und Benachteiligungsgefühle verfestigte.

Auch baulich führte der Senat¹ den Stadtteil als 'Raum für den Rest', wie es der Eindruck im Stadtteil war. Aus den Bereichen Industrie, Entsorgung und Verkehr wurden Einrichtungen über die Insel verteilt, die in anderen Stadtgegenden undenkbar gewesen wären, wie etwa Raffinerien, Tanklager, (Sonder-)Mülldeponien, Hafenschlick-Spülfelder, Containerlager und -reparaturbetriebe und andere flächenfressende und verkehrserzeugende Logistik.

Der Niedergang der Hafenindustrie und der Werften in den 1980er Jahren – hier ist insbesondere die trotz der Besetzung erfolgte Schließung der HDW zu nennen – und die damit zunehmende Arbeitslosigkeit führten zu einem Abwärts-Gefühl im Stadtteil.

Dieses Setting erwies sich als idealer Nährboden für eine deutsch-zentrierte Mittelschichts-Protestkultur, die sich insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren formierte. Sie setzte sich für Integration ein, mit wenig Erfolg, stellte sich hauptsächlich gegen die Senatspolitik auf und verlangte Besserungen. Nachdem der Senat die Stadt zum Unternehmen erklärt hatte und zunehmend ein entsprechendes Image-Marketing implementierte, gab es auch Versuche, das Bild der Insel aufzuhellen. 1994 hieß es dann seitens engagierter Bürger_innen in Verbindung mit einem städtisch beauftragten Büro: „Hauptsache Wilhelmsburg“.

Ebenfalls 94 gründeten Bürger_innen auf ehrenamtlicher Basis den *Wilhelmsburger Inselrundblick* – jetzt die am längsten bestehende nichtkommerzielle Stadtteilzeitung der Stadt. Zuvor war die *Wilhelmsburger Zeitung* eingegangen, womit die Berichterstattung über den Stadtteil praktisch allein beim Springerschen *Hamburger Abendblatt* lag. Und das hatte lange Zeit ein festgefügtes Bild: Stadtteilberichte gab es nur mit dem Tenor „Schon wieder etwas ganz Schreckliches in Wilhelmsburg gefunden.“² Mit der eigenen Stadtteilzeitung wurde wenigstens in kleinem Radius möglich, was im *Abendblatt* nicht ging, wonach aber so große Sehnsucht bestand: Positives über Wilhelmsburg zu vermelden.

Kleine Erfolge machten zwischenzeitlich sogar Mut, so gelang es ebenfalls Mitte der 90er Jahre einer breiten Stadtteilbewegung, durch demonstratives Brückensperren eine geplante Müllverbrennungsanlage zu verhindern – genauer gesagt, sie um etwa 500m nach außerhalb der Stadtteilgrenzen (Rugenberger Damm; MVR) zu verschieben.

Im Jahr 2000 aber schien die Situation dann doch zu eskalieren. Die Negativschlagzeilen erreichten eine neue Dimension und waren jetzt auch bundesweit zu lesen: Ein Kind wurde totgebissen. Der Munitionsverbrauch am Ort wuchs deutlich an: Zwei beteiligte Kampfhunde wurden mit 18 Polizeikugeln niedergestreckt. Wenige Wochen später tötete ein Geiselnehmer mit weiteren 18 Kugeln drei Menschen. Das Spektakel wurde durch zwei Schüsse in dessen Kopf beendet. Zu allem Überfluss hatte auch noch ein albanisches Familienoberhaupt

¹ Stadtregierung

² Nachdem der Senat offiziell den Sprung über die Elbe ausgerufen hatte, blieb das Springerblatt noch ca. ein dreiviertel Jahr bei der alten Linie. Offenbar war der Widerstand von Handelskammer und Hafen gegen die neue Verwendung der Insel sehr groß. Aber schließlich wurde der Schwenk nachvollzogen und seitdem sind ca. jeden 2. Tag verheißungsvolle Berichte über die „aufstrebende Insel“ zu lesen.

seinen Schwiegersohn auf offener Straße erschossen. Der Stadtteil war medial zur Bronx geworden.³

Der Zukunft wurde mit einem Panikgefühl entgegengesehen, Nerven lagen blank. Bei der Bürgerschaftswahl 2001 entschied sich mehr als ein Drittel aller Wählenden in der ehemals sozialdemokratischen (und vor 1955 auch kommunistischen) Hochburg Wilhelmsburg für die rechtspopulistische Schill-Partei. Nun war auch in der Stadt klargeworden, dass das bislang übliche Blumenkübelaufstellen, das immer zur Anwendung kam, wenn der Misthaufen mal wieder zu stark dampfte, nicht länger wirken würde.

Zukunftskonferenz

Die aktive Bürger_innen⁴ forderten einen Paradigmenwechsel, einen ernsthaften Neuanfang, eine Zukunftsplanung mit Positivperspektive. Und das Desiderat wurde ihnen per Senatsbeschluss bewilligt, vielleicht zunächst als Beschäftigung für eine unruhige Bevölkerung gedacht, vielleicht auch als ernsthaftes Ratsuchen einer ratlosen Verwaltung: Eine einjährige *Zukunftskonferenz (ZuKo, 2001-2002)*, mit Fachleuten aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft – und Bürger_innen, die im Laufe der Zeit selbst zu Fachleuten in den sieben Arbeitskreisen wurden. In diesem noch unverbindlichen Rahmen war durchaus Ideenfindung und Planung auf Augenhöhe möglich.

Das Problem am Ganzen war die große Ausgehungertheit nach dem Positiven. Die Beteiligten riefen ganz direkt nach Aufwertung⁵ – nachvollziehbar vor einem Erfahrungshorizont, der nur aus Abwertung bestand. Spätestens da dürften Teile des Senats hellhörig geworden sein. Was andernorts Widerstand erzeugt, würde hier sogar willkommen sein?

Der Sprung in der Strategie des Senats

Es dauerte ein wenig – bis 2003 – dann hatte der Senat verstanden: Die größte Flussinsel der Welt *von Hamburg* hat mehr Potenzial, als nur ein verkehrsgünstig gelegener Entsorgungspark für nichtvorzeigbare Planungen oder sonstwie Unwillkommenes zu sein.

Der Sprung über die Elbe wurde ausgerufen. Der bisherige Hinterhof-Müllhaufen wurde als Goldgrube annonciert.

Für die dürstenden aktiven Bürger_innen wirkte der neue Geist wie Geisthaltiges ohne Grundlage: Die Stimmung stieg schnell. Endlich sollte etwas Positives geschehen! Dabei wurde der seltsame Akt des Springens nicht hinterfragt: Weder

³ Zur Verdeutlichung einige *Spiegel*-Zitate: „Der Pitbull, der den kleinen Vulkan umbrachte, war ein Star der kriminellen Szene von Hamburg-Wilhelmsburg.“ / „Wilhelmsburg ist die Bronx des Nordens. Die Geschichte des Ghettos begann 1962...“ (3.7.2000) Oder: „Wilhelmsburg – das ist im Volksmund der ‚Balkan des Nordens‘, ein Alptraum von Stadtplanung, ein soziales Verbrechen im Hinterhof Hamburgs“ (3.10.2000).

⁴ Aktive und engagierte Bürger_innen gibt es auf der Insel in Form diverser Vereine und loser Gruppierungen seit Jahrzehnten. Dabei waren vor der *ZuKo* das (offene) *Forum* und danach *Zukunft Elbinsel e.V.* prominente Akteure, aber es gab und gibt noch andere. Ich werde im Folgenden von ‚aktiven Bürger_innen‘ sprechen, wenn ich stadtteilengagierte Menschen meine, die zumeist weiß-deutsch sind und die in die beschriebenen Prozesse verwickelt waren oder sind, unabhängig von ihrer Gruppenzugehörigkeit. Es ist der Versuch, einen übergreifenden, nicht wertenden und nicht mit einer konkret existierenden Gruppierung verwechselbaren Begriff zu finden. Die Verwendung dieses Begriffs soll nicht die durchaus vorhandenen unterschiedlichen Positionen der einzelnen Personen verwischen, wohl aber die für das Gesamtgeschehen wichtigen Tendenzen herausstellen.

⁵ Als Ergebnis der *ZuKo* entstand das *Weißbuch*, u.a. findbar unter http://www.pure-stuff.de/_Forum_Wilhelmsburg/weissbuch/zuko_bericht_pdf.pdf

wer da mit welcher Motivation springt, noch dass das, was landet, dann von oben kommt und auch nicht dass das Ziel ja kein sauber geharktes Sandfeld war – oder was sonst assoziiert werden mag –, sondern ein besiedelter Stadtteil mit der Population einer halben Großstadt.

Und da die aktiven Bürger_innen sich ständig dem Verdacht ausgesetzt sahen, einfach ‚immer nur dagegen‘ zu sein, wollten sie – nun positiv entflammt – diesen ausräumen, wollten zeigen, dass sie ernst zu nehmen sind und wollten beweisen, dass sie auch *positiv* können, und also waren sie *dafür*. Und da sie auch spätestens seit der *ZuKo* glaubten, für das Reden auf Augenhöhe berechtigt zu sein, dachten sie, sie würden weiterhin gebraucht zum Ratgeben und Steuern des Projekts. Einen Höhepunkt erreichte diese Einschätzung auf einem internationalen Architekturworkshop zum *Sprung über die Elbe 2003*, der offen war für interessierte Bürger_innen. Sie durften dort kompetenztragend ihre Ortskenntnisse einspeisen – und erhebendermaßen gemeinsam mit namhaften Architekt_innen aus Spanien oder China den eigenen Stadtteil neu erfinden! Auch die anschließenden intensiven Feierabendgespräche mit dem Oberbaudirektor beim obligatorischen Rotwein verfehlen ihre Wirkung nicht: So viele spannende Ideen... Die gedankliche Dichte der positiven Perspektiven ließ den Raum sirren und mit ihm die beteiligten Bürger_innen, die nun optimistisch erwarteten, die anstehenden Änderungen maßgeblich mitgestalten zu können.

Dies korrespondierte nicht unbedingt mit der Senatssicht: Bei der *ZuKo* wurden sie wirklich noch gebraucht, der Stadtregierung auf die Sprünge zu helfen, in Maßen auch noch beim Architekturworkshop – aber dann wusste der Senat⁶ schon selbst, wo die Reise hingehen sollte. Jetzt würde alles Reinreden von Anwohner_innenseite nur stören. Allenfalls eine Frühwarnfunktion für gefährlich werdenden Protest war jetzt noch sinnvoll. Diese Situation verschleiern wurden dann Beteiligungsgremien und -veranstaltungen (s.u.) in großer Zahl erfunden, manche der Mitsprache-Simulationen bekamen durch Häppchen und Rotwein einen Wohlfühleffekt.

IBA-GmbH, Beteiligungsbürger_innen & Akzeptanzbeschaffung...

Der größte Coup des Senats zur Einbindung potenziell gegnerischer Bürger_innen aber war, sich einen neuen Hut aufzusetzen und in vermeintlichen Gegensatz zu sich selbst zu treten. Anstatt seinen in Jahrzehnten gewachsenen schlechten Eindruck gegenüber der Bevölkerung zu verbessern, setzte er auf die Ausgründung einer neuen GmbH (*IBA*), mit unbeflecktem Image und – ganz zeitgemäß – in privatrechtlichem Status. Der Name *Internationale Bauausstellung* versprach Unabhängigkeit und hohe Qualität (obwohl der Begriff nicht geschützt oder normiert ist) und lenkte dabei erfolgreich vom wahren Charakter des geplanten Geschehens ab. Die aktiven Bürger_innen glaubten gerne, diese Gesellschaft wolle nun mit ihnen und für sie die Missstände im Stadtteil angehen. Sie bedankten sich mit einem großen Vertrauensvorschuss, und es galt: „Jetzt müssen wir sie auch erstmal machen lassen!“.

Immer wenn einzelne Personen darauf hinwiesen, dass die Dinge doch anders liefen als geglaubt und gehofft, wirkte die Psychologie (mehr in der ‚Parabel‘ am Schluss). Bekämpft wurden zum Schutze des neuen Glaubens nicht der Senat und sein

⁶ Zur Klarstellung: Die verschiedenen Senatsbehörden (Ämter, Abteilungen, verflochtene Institutionen...) haben sehr verschiedene Interessen, so dass nur selten davon ausgegangen werden kann, dass es einhellige Positionen gibt. Eher ist die nach außen getragene Senatsmeinung von augenblicklichen Truppenstärken abhängig.

Instrument, sondern diese Andersmeinenden, die sich nicht leimen lassen wollten, die die Dinge realistisch einschätzten – also wie schon in der Antike diejenigen, die die schlechte Botschaft überbrachten.

Eine Spaltung der politisch Aktiven in nie dagewesenem Ausmaß entwickelte sich auf der Insel. Persönliche Freundschaften endeten bei der Frage: Wie hältst du es mit der *IBA*? Währenddessen konnte die *IBA* weitgehend ungestört ihre Geschäfte erledigen – um die Kritiker_innen kümmerten sich die ehrenamtlichen Freund_innen aus der Bewegung. Viele der Aktiven hatten auch gar keine Bedenken gegenüber den erkennbaren sozialen Zielsetzungen der Senatspolitik mittels *IBA*. Besonders, wenn sie aufgrund Wohneigentums keine Sensibilität gegenüber einer erwartbaren Mietendynamik hatten, stimmten sie in die ausgegebenen Parolen von Durchmischung, Kaufkraftvermehrung u.ä. mit ein. Ein Großteil der Aktivenszene wohnte nämlich im weniger migrantisch geprägten Wilhelmsburger Osten mit seinem hohem Einzelhausanteil.

Allerdings stellte sich bei den *IBA*-Projekten doch immer wieder der fehlende Nutzen für die vorhandene Bevölkerung heraus. Dann glaubten die aktiven Bbürger_innen gerne an eine Ungeschicktheit der *IBA* und versuchten ihr zu helfen. Manche Gruppierung ließ sich über Zeiten als Verbesserungsagentur für die *IBA* wahrnehmen, indem sie bei Besuchen angebotener Veranstaltungen, in persönlichen Gesprächen und durch eigene Öffentlichkeitsarbeit aufklärten, was die *IBA* besser machen könnte.

Aber auch bei ihnen wuchs mit der Zeit die Ernüchterung. Die zunehmende Vertreibung aus dem Paradies der Hoffnung korrespondierte mit der wachsenden Etabliertheit der *IBA* und ihrer Prozesse. Je mehr Gegner_innen sich die *IBA* im Laufe der Zeit erzeugte, bzw. je mehr der Zweifel in den einzelnen Aktiven anstieg, desto unverrückbarer waren die Weichen gestellt.

Beteiligungsformate: Wandel, Schiefelage, Ablenkung

Auch die Beteiligungsangebote wandelten sich über die Zeit tendenziell. Anfangs gab es große Massenverköstigungen in großen Hallen mit eingeladenen Berühmtheiten wie etwa Saskia Sassen, um „alle“ mitzunehmen.

Dann kamen großangelegte sogenannte *Bürgerdialoge* auf (Powerpoint auf Großleinwänden im großen Saal des Bürgerhauses mit länglichen Informationen über die „bisherigen Erfolge der *IBA*“ und anschließender Fragemöglichkeit), die aber bald an fehlender Teilnahme krankten.

Mit der Hochphase der Begeisterung wurden (halb)öffentliche *Foren* (Themen z.B. *Metropole: Ressourcen* oder *Zivilgesellschaft* und *Labore* unter dem Obertitel *Wissenschaften Wilhelmsburg* (zu *Kunst- und Stadtentwicklung* oder *Stadt für alle*) eingeführt. Im Nachhinein betrachtet, mögen diese Veranstaltungen anfangs noch als Ideenscreening gedient haben, danach war es im Grunde nur noch das Nennen spannender Themen, die nach Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit klangen, die aber mit der Realität des *IBA*-Prozesses wenig zu tun hatten.

Die Veranstaltungen wurden zunehmend kleiner und konkret vorhabenbezogen und schließlich gab es one-to-ones, d.h. die *IBA* ging auf einzelne Akteure zu, um mit ihnen, und nur mit ihnen, ein ganz besonderes Projekt zu verwirklichen („Aber sags nicht den anderen, sonst werden die neidisch!“).

Dieses Teilen (Spalten) und Herrschen hat bei stetig sinkender Zahl von Bereitwilligen bis zum Schluss recht gut funktioniert, es fanden sich doch immer wieder Gruppen und Personen, die sich einen Vorteil aus der Zusammenarbeit mit der *IBA* versprachen.

Parallel waren noch offizielle Beteiligungsgremien etabliert. Anfangs hatte die Gartenschau (s.u.) noch eine freizugängliche participationsgruppe mit IGA-interessierten Anwohner_innen, diese wurde aber zugunsten eines gemeinsamen participationsgremiums für IBA und igs aufgelöst – jetzt mit von der Politik handverlesenen Mitgliedern, die eher Stakeholder bzw. Profiteure der neuen Entwicklungen waren oder sein wollten, wie z.B. einer projektgebietsansässigen Architektin, der größten Spedition am Ort, dem Eigenheimer-Verband u.ä. und natürlich den politischen Parteien (alle zweifach, da das Projektgebiet sich auf zwei Bezirke verteilt). Satzungsgemäß gab es in dem Gremium dann kein Rederecht für die Öffentlichkeit mehr.

Aber selbst dieses ‚IBA-Verteidigungsgremium‘ (Eigenbezeichnung einiger Mitglieder) verfiel 2012 in Ernüchterung, als es erkannte, für die Geschehnisse nie wirklich wichtig gewesen zu sein.

Nicht unerwähnt bleiben soll die generelle Schiefelage bei aller ‚participation‘: Diejenigen, die beteiligen, machen das professionell in ihrer Arbeitszeit. Meist mit dem Ziel der Akzeptanzbeschaffung für beschlossene Vorhaben oder Strategien. Die Beteiligterwährenden müssen ihr ehrenamtliches Tun in ihrer Freizeit erledigen. Sie können dabei sehr wohl ihre fachlichen und strategischen Kompetenzen stärken, aber typischerweise lernen sie dabei auch Sprache und Denkweise der Beteiligter_innen, die die Inhalte und Ziele des Verfahrens bestimmen. Je kompetenter die Beteiligten werden, desto eher werden sie mit der Sprache auch die Logiken des Verwertungssystems adoptieren und damit ihren ursprünglichen Standpunkt verlassen.

Bei politischen Parteien treffen wir auf eine vertraute Parallele: Wenn sie auch anfangs links/alternativ sind, so werden sie doch spätestens, wenn sie die Fleischtöpfe erreicht haben, genauso wie alle anderen. Lokales Beispiel: Auch unter grüner Senatszuständigkeit (bis 2011), sollte vehement der innerstädtische Autobahnbaubau in Wilhelmsburg durchgesetzt werden. Was wieder den Bogen zur Inselgeschichte schlägt:

Ob das scheinbar gegenüber den Aufwertungsbemühungen widersinnige Vorhaben, zwei neue Autobahnen (‘Hafenquerspange’ in Ost-West-Richtung und verlegte und verbreiterte nord-südliche Reichsstraße)⁷ durch den Stadtteil zu bauen, aus mangelnder politischer Steuerbarkeit der Straßenbaulobby im Senat erwuchs oder zur Ablenkung bewusst und zweckgerichtet gesetzt wurde, bleibt offen – den Bürger_innenprotest band es jedenfalls erfolgreich: Viel Energie wurde von den *Engagierten* (hauptsächlich Grundeigentümer_innen, gut vernetzt mit anderen Initiativen) investiert, die Planungen mit viel Tamtam als Irrsinn darzustellen. Währenddessen aber blieben die Prozesse des sozialen Kahlschlags und der Privatisierung der öffentlichen Räume weitgehend unbeobachtet..

Hilfreich zur Durchsetzung seiner Interessen war aus Senatsicht die Vielheit der angesetzten Vorhaben. Durch die massierten Ein(An)griffe war es denjenigen, die Widerstand zu leisten willens und in der Lage waren, nicht möglich, ernsthaft etwas auszurichten. Bildhaft: Es waren zu viele Brände gelegt, als dass die örtliche freiwillige Feuerwehr einen nennenswerten Teil von ihnen hätte löschen können. Zumal, da ein nicht kleiner Teil der Feuerwehrleute sich gewissermaßen als

⁷ Mehr dazu ist u.a. unter <http://www.engagierte-wilhelmsburger.de/> zu finden

Förderverein der Brandstifter aufgestellt hatte und in den Feuern auch etwas Reinigendes sah.
In anderen Stadtteilen entstand derweil der Eindruck, auf der Insel würde geschlafen.

Exkurs: IBA-Konvention

Eine bedeutsame Strategie zur Erzeugung einer positiven öffentlichen Meinung zum IBA-Geschehen ist die *IBA-Partnerschaft*.

Etwa 100 Institutionen haben einen Vertrag der *IBA-GmbH* unterzeichnet, in dem sie sich verpflichten, die *IBA* „nach Kräften zu unterstützen“. Insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit wird geregelt: „Die (...) Vertragspartner werden ihre (...) PR- und Marketingaktivitäten (...) so aufeinander abstimmen, dass möglichst (...) wirkungsvolle Synergieeffekte im Sinne der *IBA Hamburg* gewonnen werden können.“ Dazu „wird die *IBA Hamburg GmbH* den beteiligten Partnern jährlich rechtzeitig einen Kommunikationsplan vorlegen und die wesentlichen Bestandteile (...) mit den (...) Vertragspartnern abstimmen.“⁸

Darunter sind Wohnungsbauunternehmen wie die SAGA und auch Genossenschaften, wie der Bauverein Reiherstieg, mit entsprechend starken Mietsteigerungen, was aber nicht Thema dieses Kapitels ist.

Bei einer positiven Berichterstattung über ein „unheimlich interessantes“ *IBA*-Projekt im *Abendblatt* werden kritische Leser_innen vielleicht noch eine Tendenz vermuten, bei Berichten von anscheinend unabhängigen Institutionen möglicherweise nicht. Wer bei der Bahnfahrt im S-Bahn-Magazin Ähnliches liest, wird eventuell von einer tatsächlich berichtenswert-interessanten Angelegenheit ausgehen, kaum aber von bloßer Vertragserfüllung eines *IBA*-Partners. Und wenn Bildungsträger, Kinos, Handwerksfirmen, Schifffahrtsunternehmen, Museen, Sparkassen, religiöse Vereinigungen, Quizshows, Naturschutzverbände, Krankenhäuser u.v.a.m. unisono die *IBA* „nach Kräften“ gutreden oder sonstwie unterstützen, so hat das sicher einen Einfluss auf die öffentliche Meinung und auf die Möglichkeit, mit Kritik am *IBA*-Geschehen überhaupt noch glaubwürdig zu sein. Die Großevents sind sozusagen in einer positiven öffentlichen-Meinungs-*Cloud embedded* – um es Neu-Denglisch zu sagen.

Und die Gartenschau...

...war eigentlich zuerst da (öffentlich etwa ab 1999), wurde aber weitgehend auf Umfeldzubringerdienste für die *IBA* reduziert, durfte dabei aber noch neoliberale Umgangsweisen mit dem öffentlichen Raum entwickeln. Dazu gehören Entökologisierung und Kommerzialisierung. Grund genug also für reichlich Gegenwind aus der Bevölkerung? Auch hier siehts eher mau aus.

Gartenschau = harmlos?

Da ist zunächst der historische Bonus. Die Idee kam aus der grünen, damals eigenständigen Umweltbehörde.⁹ Anfangs war die Chefplanerin Oldengott viel im

⁸ zu finden unter http://www.iba-hamburg.de/fileadmin/Mediathek/Fachtagungen/FORUM/iba_konvention.pdf (8.1.13)

⁹ Diese wilderte damit im Zuständigkeitsbereich Stadtentwicklungsbehörde (einst als Koalitionsgeschenk an die Grünen ausgegliedert), die dann auch 2001 wieder von der traditionell roten Baubehörde geschluckt wurde. Die Planung einer *IBA* war letztendlich nur ein Reflex der Baubehörde auf den Umweltbehördenvorstoß *igs*, denn sie wollte jetzt auch Burgen in der neuentdeckten Sandkiste Wilhelmsburg bauen – nur größer. 2004 wurde schließlich auch das

Stadtteil, angeblich trotz Verbots ihres Fachamtsleiters Heiner Baumgarten, schloss Freundschaften, ließ erfolgreich die Leute glauben, dass sie eine eingepasste, dem Stadtteil angemessen dienliche Gartenschau plane. Ob's ernstgemeint war? Sie ist verschwunden, ihr ehemaliger Behörden-Vorgesetzter wurde Chef der privatrechtlichen Gartenschau-GmbH.

Dann ist da der Blümchen-Bonus, also der Glaube, dass das Ausstellen von Blumen nichts Böses sein könne und schon gar nicht politisch. An dieser Fehlvorstellung haben auch die Hamburger Naturschutzverbände mit ihrer prekären Personalsituation und ihrer permanenten Arbeitsüberlastung gern festgehalten. Auch darüber hinaus gaben die Naturschutzverbände ein trauriges Bild ab. Die *igs* versuchte sie zu ködern, indem ihnen Präsentationsmöglichkeiten auf der Schau angeboten wurden, des Weiteren gibt es parteipolitische Verflechtungen in der Leitungsebene mancher Verbände mit *igs*-befürwortenden Parteien (*NABU*: Grüne; *BUND*: SPD; *Schutzgemeinschaft Dt. Wald*: CDU; *Ges. f. ökologische Planung*: Grüne und CDU), so dass kritische Basis-Positionen gerne mal von der Chefetage weggepuffert wurden.

Worum es aber mit der *igs* u.a. tatsächlich ging, lässt sich mit etwas Recherche nach *GRÜN | MACHT | GELD* erfahren: Seit etwa einem Jahrzehnt gibt es Fachkonferenzen zur Verwertung öffentlichen Grüns in Zeiten, wo das öffentliche Grün kein öffentliches Geld mehr kosten darf, früher unter der fachlichen Leitung vom jetzigen Gartenschau-Chef, jetzt in Kooperation mit der *igs*.

Kleingärten

Da die Gartenschau zahlreiche Kleingartenparzellen vernichtet hat und die übriggebliebenen auf Vorzeigbarkeit trimmte, sollte der Widerstand dort groß gewesen sein.

Der war zwar auch zu beobachten, in Einzelfällen sogar verbissen, ist aber insgesamt doch verhältnismäßig gering und wenig wirksam gewesen. Zum einen liegt das an der Verfilzung des Kleingartenwesens mit der SPD, die *IBA & igs* natürlich auch schon mitgetragen hat, als sie formal noch in der Opposition war. So waren im *Gartenfreund*, dem Zwangsblatt der Kleingärtner_innen zahlreiche Lobeshymnen auf die Gartenschau zu lesen. Widerstandshandlungen wurden verschwiegen.

Zum anderen gibt die hierarchische Verfasstheit des Kleingartenwesens die Möglichkeit, Herrschaft durch (Des-)Information auszuüben. Die *igs* informierte den Landesverband, der gab Teile seines Wissens an die Bezirksgruppen weiter, die wiederum Teile an die Vereinsvorstände und die dann Bruchstücke an die einzelnen Mitglieder. So war hinreichend Anlass gegeben, die vorhandenen Energien für den Streit zwischen den Hierarchieebenen zu verwenden und nach außen neutral zu bleiben.

Und auch die kämpferischen Parzelleninhaber_innen sahen sich irgendwann genötigt aufzugeben. Sobald die Entschädigung eingestrichen war, war Ruhe im Karton (also in der Laube – soweit es denn eine neue gab). Die zornigen Gartenzwerge gibt es nicht mehr.

Partnerschaften und kleine Geschenke

Auch die Gartenschau setzte generell auf Kooperationen. Gerne mit Institutionen und Gruppierungen, die unter prekären Bedingungen arbeiten müssen oder wenig Anerkennung finden, von Schulen bis zu Sportgemeinschaften. Sie durften an

Umweltresort feindlich von der Baubehörde übernommen, und beide Großveranstaltungen befinden sich nun unter dem einheitlichen Dach der jetzt so genannten *BSU*.

Projekten auf der *igs* mitarbeiten oder sogar selbst planen und bauen (z.B. Skatebahnen). So band die *igs* nicht nur ein, sondern sparte auch noch Geld. Das kann dann andernorts nützlich sein: Ständig wurden neue Wettbewerbe oder Auslobungen durchgeführt, wobei festzustellen ist, dass die potenziell kritischen Institutionen (etwa der interkulturelle Garten), die für ihre Arbeit auf Geld angewiesen sind, dasselbe dann auch gewannen. Welchen Einfluss das auf ihre öffentlich geäußerte Meinung hatte, darf gemutmaßt werden. Widerstandsbekämpfung per Geldgießkanne.

Zusammenfassung

I – eine böse Parabel

Die von mir als Langzeitbewohner des Stadtteils gemachten Erfahrungen sind also nicht nur positiv – was Ausfluss in einer kleinen ‘Parabel’ fand, die hier abzdrukken mir ein Anliegen ist (Leser_innen mit größerem Nüchternheitsanspruch gehen gleich zu Teil II über):

Handlungsanweisung für eine unternehmerische Stadt, die ein Problemgebiet hat

Oder: Die selbstverbessernde Bevölkerung

Behandle eine Population Menschen schlecht, schütte Dreck über sie, verbreite Negativnachrichten und nimm ihnen alle Perspektive. Ihr Hunger nach dem Positiven wird riesig werden.

Da du ein schlechtes Image hast (der ausgeschüttete Dreck kam von dir), setze dir einen schönen neuen Hut auf.

Spiele unter Tragen des neuen Hutes gute Fee und sag den Leuten, sie sollen sich etwas wünschen.

Du wirst dich wundern, wie gut dir ihre unüberlegten Wünsche zupass kommen.

Versprich ihnen, die Wünsche zu erfüllen, lasse sie an etwas Positives glauben. Gib ihnen Glasperlen aus Licht, stelle ihnen ein paar Näpfchen mit Nektar hin. Sie werden sich daran berauschen, sie werden an ihre eigene Wichtigkeit glauben, sogar dankbar deine Sprache lernen und konstruktiv alles mitspielen, was du vorgibst.

Allerdings wirst du die Erkenntnis, dass das Positive, das du bringst, nicht für sie ist, sondern schnell an andere verkauft wird, nicht ewig vor ihnen verbergen können. Doch ihre Psychologie wird sie vor dem Gefühl schützen, schon wieder betrogen worden zu sein. Der Mensch will nicht immer Verlierer sein.

Sie werden an dumme Zufälle und versehentliche Missgeschicke glauben und deinem Hut eifrig gutgemeinte Ratschläge geben, oder sogar meinen, selbst schuld zu sein, weil sie womöglich nicht gut genug zu ihm waren. Dann werden sie nach einem noch festeren Schulterchluss mit dem Hut streben und sogar glauben, ihn vor dir beschützen zu müssen!

Dennoch werden sie nach und nach erkennen, dass die Glasperlen virtuell und ohne Realität sind und der Nektar Leim ist. Auch wenn ihre Zahl immer geringer wird, diejenigen, die noch an der Hoffnung festhalten, werden ihre

Frustration gegen die Abtrünnigen richten, sie bekämpfen, wie sie früher dich bekämpft haben. Du selbst brauchst nichts zu tun. Mit dem Verlust deiner Freunde aber hast du im Gegenzug deine Politik mit ihrer vorherigen Hilfe längst sicher verankert, hast deinen Problemstadtteil neu bestellt, konkret im *IBA-Land* also: kahlrasiert, befestigt und verkauft.

Und was ist aus der alten Problempopulation geworden? Teile davon haben sich angestrengt, in die enger gewordene, neue, teure Welt, die du geschaffen hast, aufzusteigen; große Teile aber sind spurlos verschwunden. Ihren Platz nimmt eine neue Gruppe ein: trendgesteuerte Wellenreiter, konkret im *IBA-Land*: Follower des *Abendblatts*.

Damit ist die Aufgabe erledigt: Der alte Dreckhaufen ist verwertet, die Bevölkerung erneuert und verbessert – und zwar unter tatkräftiger Mithilfe derjenigen, auf deren Kosten der Prozess ging.

Nur eins noch, bevor du dich deinem nächsten Problemstadtteil zuwendest: verbanne dieses Buch aus deinen Bibliotheken – wenn du sie noch nicht geschlossen hast.

II – Resümee

Es bleibt festzustellen, dass *IBA* und *igs* recht breit aufgestellt sind in Sachen Akzeptanzbeschaffung. Dabei wird der Hunger der örtlichen aktiven Bbürger_innen nach Positivem und nach Gehörtwerden geschickt ausgenutzt, aber ebenso auch die menschliche Neigung, unsolidarisch zu werden, wenn ein (vermeintlicher) persönlicher Vorteil winkt.

Der Reiz, der Einladung zum Mitspielen zu folgen, mag groß sein, aber: Die Regeln sind einseitig festgelegt, womit auch schon ausgemacht ist, wer verliert. Versuche des kreativen Spießumdrehens gab es – nachhaltige Erfolge blieben allerdings aus. Das gilt nicht nur für Wilhelmsburg. Die Planungen in der Stadt (und darüber hinaus) werden grundsätzlich mit einem Akzeptanzbeschaffungsformat namens Beteiligung versehen („Beteiligung muss sein“). Gleichzeitig wird von interessierter Seite heftig lamentiert, dass wegen der Demokratie gar keine Großprojekte mehr möglich seien, wenn nämlich Gerichte den zuvor im Planungsprozess marginalisierten Interessen wieder Geltung verschaffen und die Vorhaben stoppen.¹⁰ Wenn aber interessierte Vorhabenträger und Profiteure „frühzeitige Beteiligung“ einfordern, dann sicher nicht, um schon im Anfangsstadium von ihren Plänen ablassen zu müssen.

Aber es geht auch ohne Einbindung. Dazu hilft eine klare Analyse der Akteure und Geschehnisse und ein Bewusstsein über den eigenen Standpunkt, um widerstandsfähiger gegenüber die vermeintlichen Verlockungen des Mitspielens zu werden.

Der selbstorganisierte und -vernetzte Kampf für Lebensqualität und Gerechtigkeit jenseits von Verwertungslogiken mag mühsamer sein, aber es ist ein Weg, Erfolge zu erzielen – und ein verbessertes Miteinander zu erreichen.

Jörg v. Prondzinski

¹⁰ *Die Welt* kommentiert drastisch: <http://www.welt.de/112422329> (11.1.13)

Ursprünglich veröffentlicht in:

AKU Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg:

Unternehmen Wilhelmsburg. Stadtentwicklung im Zeichen von IBA und igs.

Assoziation A. Berlin, Hamburg 2013.

ISBN 978-3-86241-426-0.

Vom Autor geringfügig geändert.